

# Volksstimme

Anzeigenpreis: 1/64 Seite 3,75, 1/32 Seite 7,50, 1/16 Seite 15,—, 1/8 Seite 30,—, 1/4 Seite 60,—, 1/2 Seite 120,—, 1 ganze Seite 240,—. Rabat. Familienanzeigen und Stellengesuche 20% Rabat. Anzeigen unter Text, die 3 ne haltene mm Zeile 0,60 Zl. von außerhalb 0,80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 15. bis 28. 2. ct 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königsbrunn, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto B. R. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

## Frankreichs Regierung wieder gestürzt

Rücktritt des Kabinetts Chautemps — Die Kammer mit 292 gegen 277 Stimmen gegen das Programm — Die Kommunisten geben den Ausschlag — Vor der Wiederverkehr Tardieus

Paris. Das endgültige Abstimmungsergebnis in der französischen Kammer teilt 277 Stimmen für und 292 Stimmen gegen die Regierung, bei 21 Stimmenthaltungen der Kommunisten. Die Regierung begab sich kurz nach 22 Uhr zum Schiffe, um dem Präsidenten der Republik ihren Rücktritt zu überreichen. Vor der Kammer hat sich eine riesige Menschenmenge angesammelt, die in aufgeregtester Stimmung die Ereignisse in der Kammer verfolgt.

Paris. Ministerpräsident Chautemps erklärte der Presse, das Sekretariat habe eine falsche Mitteilung ausgegeben, als es behauptet habe, die Kommunisten hätten sich der Stimme enthalten. Diese hätten vielmehr geschlossen gegen die Regierung gestimmt. Chautemps fuhr dann fort: Er habe sich bemüht, sein Kabinett im Geiste der Verantwortung mit den anderen Parteien zusammenzustellen. Seine guten Absichten seien aber von seinen Gegnern mißdeutet worden.

Ueber die Haltung des Präsidenten der Republik ist noch nichts bekannt. Er dürfte am Mittwoch mit der Befragung der maßgebenden Personen beginnen. Wieder taucht der Name Tardieu als des mutmaßlichen neuen Ministerpräsidenten auf. Doch macht man dagegen geltend, daß er, nachdem er in der Kammer noch eine Niederlage erlitten hat, kaum die geeignete Persönlichkeit sein dürfte, wenn es ihm nicht gelingen sollte, die Radikalsocialisten zu gewinnen.

### Die Vorgänge vor dem Sturz

Paris. Ministerpräsident Chautemps verwies in seiner Rede auf das bereits bekannte Regierungsprogramm. Die Opposition hätte sich vergeblich bemüht, Widersprüche herauszulesen. Die Außenpolitik Briands sei stets die gleiche gewesen. Auch im neuen Kabinett denke niemand daran, die nationale Verteidigung Frankreichs zu schwächen. Die Regierung werde eine Finanzpolitik treiben, die die nationale Wirtschaft in keiner Weise schädigen werde. Ein Redner hätte bedauert, daß Tardieu nicht nach London zurückkehre. Das Wesentliche sei aber, daß Briand, der die französische Friedenspolitik betreibe, an den Londoner Verhandlungen auch in Zukunft teilnehmen werde.

Der Sozialist Blum erklärte, die Sozialisten würden für die Regierung stimmen. Es könne jedoch keine Rede davon sein, daß die gegenwärtige Regierung, die Gesangene der sozialistischen Partei sei, denn diese teile die Auffassung des neuen Kabinetts in vieler und wichtigen Fragen keineswegs.

Der Präsident gab sodann die drei Tagesordnungen bekannt. Die radikal-socialistische spricht der Regierung das Vertrauen aus. Die der Linkrepublikaner lehnt das Vertrauen ab, da die Grundlage der Regierung zu schmal sei. Die dritte Tagesordnung, die der Linkradikalen lehnt das Vertrauen gleichfalls ab, da die Kammer nicht das Vertrauen zu der gegenwärtigen Regierung habe, daß es ihr gelingen werde, die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben zu lösen.

### Zehn Jahre Horthy-Ungarn

Die ungarische Revolution schied sich an, in diesen Tagen die Zehnjahrfeier der Befreiung von der Revolution zu begehen. Ein besonderes Geseh ist angenommen worden, um die Ehre des Schlächters der ungarischen Arbeiterklasse, den Reichsverweiser Nikolaus Horthy von Nagybanya, zu verewigen, dessen Namen nun einige Institutionen tragen werden, um den Horthy-Kultus zu pflegen. Graf Bethlen tut alles, um der Welt die Wiedergeburt Ungarns zu beweisen und will sogar zur Demokratie zurückkehren, wenn



Zehn Jahre Reichsverweiser von Ungarn ist Admiral Horthy, der nach dem Sturz der Räterepublik am 1. März 1920 von der Ungarischen Nationalversammlung an die Spitze des Magyarenstaates berufen wurde.

man nur die Stimme Ungarns erhöere und auf seine Wünsche der Grenzrevision eingehe, die ihm der englische Zeitungskönig Lord Rothermere in Aussicht stellte, als die Möglichkeit bestand, seinen Sohn auf den ungarischen Thron zu bringen. Man feierte den jungen „Zeitungskönig“, aber hielt doch die Rückkehr der Habsburger für wichtiger, und nun verstummen auch die englischen Zeitungstimmen. Graf Bethlen, Ungarns Ministerpräsident muß eine Lüge nach der anderen in die Welt setzen, um zu beweisen, daß es im Horthy-Zuchthaus vorwärts geht. Aber die Lügen brechen zusammen, und das ungarische Volk bezahlt die Jede. Anlässlich dieser „Ehrenfeier für Horthy“ fehlt es nicht an einer neuen Verfolgungswelle gegen die Arbeiterklasse, die zehn Jahre nach „Wiederherstellung der Ordnung“ durch den Reichsverweiser, jeder Versammlungs- und Pressefreiheit beraubt, hunderten von Presseprozessen ausgesetzt ist, jeder Demokratie bar, einen Heldenkampf der Befreiung kämpft. Die ganze sozialistische Internationale blüht mit Stolz auf diesen Kampf der ungarischen Arbeiterklasse, um die Gewinnung der Freiheit, die Voraussetzung jeder Aufbauarbeit ist.

Trotz aller Versicherungen, daß die Krise in Ungarn überwunden ist, kommen selbst Anhänger des Bethlen-Systems zu der Ueberzeugung, daß Ungarn nur gesunden kann, wenn es zur Demokratie zurückkehrt. Und wenn es ein wenig besser geworden ist, so Dank dem Druck der Sozialdemokratie, die trotz aller Verfolgungen immer wieder auf das lebendige Zuchthaus Horthys hinweist, des Schlächters der ungarischen Arbeiterklasse und der ungarischen Freiheit. Aus der Räterepublik ist ein großes Zuchthaus geworden, eine Zelle des Faschismus und Mussolini: ein Freund Ungarns, um auch hier seine Methoden zu verewigen. Aber der Fortschritt der Demokratie in Westeuropa hat hier Brechen geschlagen, Ministerpräsident Bethlen muß Konzessionen machen, wenn er auf Anerkennung bei den Westmächten rechnen darf. Es ist ihm auch gelungen, im Haag einiges für sein Land zu erreichen, aber die Kosten wird die Arbeiterklasse tragen müssen, dafür werden die Großgrundbesitzer-Optanten um so reichlicher entschädigt. Die segensreiche Tätigkeit der Horthy-Bethlen besteht darin, daß die Arbeitslosigkeit ins riesige Ausmaß wächst, die Landwirtschaft einer Katastrophe entgegengeht, dafür aber werden öffentliche Institutionen mit dem Namen Horthys versehen, um ihn zu ehren, nur ein Friedhof fehlt, um zu beweisen, wieviel Morde auf dem Reichsverweiser lasten, da durch seine

## Polenabkommen oder Rücktritt

Die Haltung der Reichsregierung — Noch keine Entscheidung der Koalitionsparteien — Die Gewerkschaften an der Front — Kein Druck auf die Volkspartei

Berlin. Wie das 8-Uhr-Abendblatt meldet, verlautet in parlamentarischen Kreisen, die Reichsregierung habe den Parteien des Reichstages noch mals mit aller Entschiedenheit und mit aller Klarheit eröffnet, daß die Ablehnung des Polenabkommens oder auch nur seine Abtrennung von den übrigen Haager Gelehen unweigerlich nicht nur den Rücktritt des Reichsaußenministers, sondern des ganzen Kabinetts zur Folge haben müßte.

### Kein Druck des Zentrums und der Sozialdemokraten

Berlin. Die deutsche allgemeine Zeitung hatte behauptet, es seien zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie Verhandlungen getroffen zu sein, die nur darauf hinauslaufen könnten, die Deutsche Volkspartei zum Verlassen der Koalition zu zwingen. Man spreche schon von einer bevor-

stehenden Gewerkschaftsregierung. Von Zentrumsseite wird hierzu mitgeteilt, daß diese Behauptungen jeglicher Grundlage entbehrten und glatt erfunden seien.

### Gewerkschafts-Regierung?

Berlin. Die „DZ“ meldet u. a.: Das Notopfer steht im Vordergrund der Besprechungen zwischen den Parteien. Es scheinen bestimmte Uebreden zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie getroffen zu sein, die nur darauf hinauslaufen können, die Deutsche Volkspartei zum Verlassen der Koalition zu zwingen. Man spricht schon von einer bevorstehenden „Gewerkschafts-Regierung“, die sich aus folgenden Grundelementen aufbauen würde.

Sicherung der Arbeitslosenversicherung in ihrem heutigen Umfang ohne Beeinträchtigung ihrer Leistungen und ihrer bisherigen Praktik. Dedung ihres Defizits mit Reichshilfe. Sanierung der Reichskasse, aber Verzicht auf alle Steuerentwässerungspläne. Wiederherstellung der vom Kabinett gekürzten sozialen Positionen zu Lasten neuer Abstriche am Wehretat.

### Ellenbogens Antwort an Mussolini

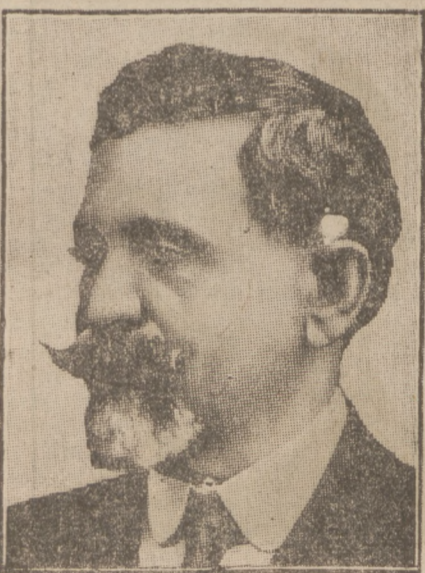
Die Haager Abkommen und der österreichisch-italienische Vertrag im Nationalrat genehmigt.

Wien. Der Nationalrat hat am Dienstag nachmittag in Anwesenheit des aus Berlin zurückgekehrten Bundeskanzlers Dr. Schöber und sämtlicher Minister das Haager Uebereinkommen und den Schiedsgerichts- und Freundschaftsvertrag mit Italien genehmigt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Ellenbogen gab eine Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten für den Schiedsgerichtsvertrag mit Italien stimmen, aber eine Einbeziehung Oesterreichs in die italienisch-ungarische Entente bekämpfen werden. Die österreichischen Sozialdemokraten würden nicht darauf verzichten, das Weltgewissen gegen die Anebelung und Entnationalisierung Südtirols aufzurufen. Der Sitzung wohnte der italienische Gesandte in Wien bei.

### Umschwung in Litauen

Sozialdemokratische Partei wieder zugelassen.

Konno. Der Direktor des Polizeidepartements hat an alle Kreispolizeichefs die Vorschrift erlassen, der Erneuerung der Organisation der Sozialdemokratischen Partei keine Hindernisse in den Weg zu legen, da der Partei die Wiederaufnahme ihrer politischen Tätigkeit gestattet ist. Ferner ist den Polizeibehörden vorgeschrieben worden, den sozialdemokratischen Ortsgruppen die Vermögenswerte wiederzugeben, die von der Regierung Wolde-maras beschlagnahmt worden sind.



Der Präsident von San Domingo vor Revolutionären geflüchtet

In der Republik San Domingo brach eine revolutionäre Bewegung aus, die den Präsidenten Horacio Basquez nötigte, mit seiner Familie im Gebäude der amerikanischen Gesandtschaft Schutz zu suchen und gleichzeitig seine Demission einzureichen.













